

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

20.12.1923 (No. 296)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 253 und 254, Postfachkonto Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K u n d, Karlsruhe

Berzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert wöchentlich 80 Goldmark. — Einzelnummer 15 Goldmark. — **Anzeigengebühr:** 120 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Schlußzahl heute 1,4 Milliarden. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Diskontsatz gilt und verworktet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zinsangewiesener Beitragsleistung und Kontoführung fallen der Staatskasse fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung in eigenen Betrieben oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Abbau im Justizdienst

•• Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 wird die Zahl der Zivilsenate beim Oberlandesgericht von 5 auf 4 und die Zahl der Zivilkammern beim Landgericht Karlsruhe von 8 auf 5 vermindert. Auf den gleichen Zeitpunkt wird eine beim Landgericht Karlsruhe errichtete Hilfskammer für Handelsachen wieder aufgehoben.

Zweite Vorauszahlung auf die Novemberumsätze

•• Auch von den Umsätzen, für die, wie z. B. bei der Luxussteuer, Verbrauchssteuer und Anzeigensteuer, ein besonderer Steuerjahr gilt, muß die Vorauszahlung der Umsatzsteuer in der bereits bekanntgegebenen Weise wiederholt werden.

* Zur außenpolitischen Lage

Frankreich und Belgien sind durch das an die Reparationskommission gerichtete deutsche Ersuchen um Einräumung der Priorität für die amerikanischen Lebensmittelf Kredite in eine recht fatale Lage verwickelt worden. An und für sich möchten die beiden Staaten wohl am liebsten dieses Ersuchen ablehnen, und ihre Regierungen haben denn auch bereits die offiziöse Presse angewiesen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Reparationszahlungen die Priorität vor allen anderen auswärtigen Finanzverpflichtungen Deutschlands hätten.

Andererseits sieht man in Paris und Brüssel sehr wohl ein, daß Deutschland diese Lebensmittelf kredite dringend benötigt, und zwar sofort. Und man scheut sich doch einigermaßen, durch eine scharfe offizielle Ablehnung das Odium einer absichtlichen Gefährdung der Ernährung des deutschen Volkes auf sich zu nehmen. Deshalb versucht man, die Frage in den Vordergrund zu schieben, ob Deutschland seine Lebensmittelf bedürfnisse nicht aus eigenen Mitteln aufbringen könne. Weiterhin versucht man in Paris, aus dem Ganzen ein Geschäft zu machen und zwar in der Weise, daß Deutschland die Legalität der Ruhrbesetzung anerkennt, und dann Frankreich der Priorität der Lebensmittelf kredite zustimmt.

Es versteht sich wohl von selbst, daß beide Versuche für uns nicht diskutabel sind. Die Frage, ob wir aus eigenen Mitteln uns helfen können, braucht erst gar nicht untersucht zu werden. Unsere Verhandlungen mit Amerika und unser Ersuchen an die Reparationskommission geben ja gerade von der Tatsache aus, daß das Reich am Ende seiner finanziellen Kraft angelangt und nur Kredite unbedingt angewiesen ist. Und eine nachträgliche Anerkennung der Legalität der Ruhrbesetzung werden wir uns auch nicht erpressen lassen.

Inzwischen hat das führende Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“ festgestellt, daß nach dem Schlusssatz von Artikel 231 des Versailler Vertrages die Möglichkeit der von Deutschland gewünschten Priorität durchaus gegeben ist. Dieser Absatz lautet nämlich: „Die Kosten der deutschen Lebensmittel- und Großstadtversorgung und aller anderen von Deutschland zu leistenden Zahlungen, die nach dem Gutachten der alliierten und assoziierten Mächte notwendig sind, den Deutschen die Erfüllung der Reparationspflichten zu ermöglichen, genießen eine Priorität in dem Maße und unter den Bedingungen, wie sie von den Regierungen der erwähnten Mächte festgesetzt sind oder werden.“ Darnach können also die Regierungen der Signaturmächte ohne weiteres eine solche Priorität beschließen. Und daß Frankreich keine wirklich entscheidenden Argumente gegen eine solche Priorität vorzubringen hat, wird ja durch das einstweilen unverbindliche Anerbieten eines Geschäftes (Bewilligung der Priorität gegen Anerkennung der Ruhrbesetzung) klar genug bewiesen.

Zu übrigen ist es ganz richtig, wenn jetzt weiter darauf aufmerksam gemacht wird, daß auch die großen Wiederaufbaukredite, die Deutschland von England und Amerika zu erwarten hat, doch nur dann zustande kommen können, wenn die Priorität der Reparationszahlungen so, wie sie der Versailler Vertrag formell vorsieht, eine Einschränkung erfährt. Gerade um die Reparationszahlungen leisten zu können, muß Deutschland jenen Wiederaufbaukredit erhalten. Und die Gläubigerstaaten Deutschlands würden sich gehörig ins eigene Fleisch schneiden,

wenn sie jene Bestimmung des Versailler Vertrages nicht sinngemäß interpretierten.

Allerdings drängt die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu raschen Entschlüssen. Man stelle sich einmal vor, was es bedeutet, wenn das Reich erklären muß, es wisse noch nicht einmal, ob es am 1. Januar die vollen Beamtenegehälter für den Monat zahlen können. Und ein Blick auf die Erwerbslosenstatistik dieser Tage zeigt uns das gleiche furchtbare Bild. Hungerlöhne und wachsende Erwerbslosigkeit bedrohen die Existenz unseres Volkes. Und hinzu kommt das Gespenst der Unsicherheit in der Beschaffung der notwendigen Lebensmittelmengen. Hier kann natürlich nur durch schnelle und großzügige Maßnahmen Hilfe geschaffen werden. Fünf Jahre lang hat das Ausland die zur Katastrophe treibende Entwicklung der deutschen Verhältnisse ruhig mit angesehen. Jetzt stehen wir in der Tat unmittelbar vor dem Ruin, und zwar vor einem Ruin, der mit seinen Folgen die ganze Welt bedroht. Jetzt kann ein Sanierungs- und Hilfswerk nicht mehr abhängig gemacht werden von Paragraphen eines Vertrages, der ohnehin zum großen Teile eine Sinnlosigkeit war.

Daß England und Amerika ehrlich gewillt sind, uns mit Krediten auf die Beine zu helfen, ist heute nicht mehr zu bestreiten. Und wenn in England auch die kommende Regierung, falls sie der allgemeinen Annahme entsprechend eine Arbeiterregierung sein sollte, eine Politik der Vorsicht und Mäßigung verfolgen wird, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß gerade eine solche Arbeiterregierung für die Not unseres Volkes ein besonders gutes Verständnis haben wird.

In England scheint man in der Tat mit einem Kabinett MacDonald zu rechnen. Hat sich doch dieser Lage der Vertreter Großbritanniens in der Reparationskommission, Herr Fraburg, nach Schottland zu MacDonald begeben, um seine Ansicht über die für die Sachverständigenausschüsse zu benennenden britischen Persönlichkeiten zu hören. Die Erörterungen innerhalb der englischen Partei und innerhalb der öffentlichen Meinung sind offenbar so weit gediehen, daß man sich an das Dreiparteiensystem zu gewöhnen beginnt, und zwar ohne dabei Koalitionen erzwingen zu wollen. Gedacht ist die Sache so, daß eine Partei für sich allein die Regierung übernimmt und sie solange führt, als sie im großen und ganzen das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments besitzt. Dabei soll der Umstand, daß die Regierung einmal in einer geringfügigen Angelegenheit im Parlament eine Niederlage erleidet, als nebensächlich bewertet werden.

Natürlich würde somit praktisch eine jede Regierung, da sie ja zunächst als Minderheitsregierung ans Ruder tritt, auf die Zustimmung eines nicht unerheblichen Teiles der übrigen Parteien angewiesen sein, und sie müßte darnach ihre Politik einrichten. Die wichtigsten Fragen für England liegen aber zurzeit auf dem Gebiet der Außenpolitik. Und wenn auch die Labour Party mit der Forderung der Kapitalabgabe in den Wahlkampf zog, so weiß man doch, daß es ihr mit der Durchführung dieser Forderung nicht gar so eilig ist. Im Vordergrund steht, wie gesagt, die Außenpolitik. Gelingt es hier, Erfolge zu erringen und vor allem die deutsche Frage im Sinne politischer Mäßigung und wirtschaftlicher Vernunft zu lösen, so wird auch für die inneren Verhältnisse in England die Wirkung eine sehr gute sein.

Für die Politik der deutschen Reichsregierung folgt aus alledem, daß sie mit größter Aktivität und absolutem Zielbewußtsein, gleichzeitig aber auch mit höchstem Taktgefühl vorgehen muß. Und da ist denn zu bemerken, daß der Passus in der letzten Rede Stresemanns, wir müßten Frankreich vor einer Durchführung der Militärkontrolle warnen, nicht nur bei der Regierungspresse in Paris, sondern auch in den linksstehenden Organen keine für uns erfreuliche Konjunktur ausgelöst hat. Vertraglich sind wir nun einmal zur Duldung dieser Militärkontrolle verpflichtet. Wenn wir aus ganz bestimmten Gründen die Sicherheit der Kontroll-offiziere nicht überall garantieren können, so ist das eine Angelegenheit, über die wir lieber nicht allzuviel reden sollten.

Grundsätzlich haben wir in dieser Stunde, die uns zum erstenmal Verhandlungen mit gewissen Erfolgsmöglichkeiten schenkt, alles zu tun, was diesen Verhandlungen einen ersprießlichen Fortgang sichert, und alles zu vermeiden, was Verschärfungen und Komplikationen in die Verhandlungen hineintragen kann. Wir sind überzeugt davon, daß die Notwendigkeit einer solchen grundsätzlichen Einstellung von der Reichsregierung auch vollkommen anerkannt wird.

Das Notgesetz über die Regelung des Staatshaushalts

das wir gestern bereits erwähnt haben, setzt für die Zeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924 fest, daß die ordentlichen Ausgaben in dieser Zeit 87 888 500 Goldmark betragen, die ordentlichen Einnahmen wahrscheinlich 42 743 070, mithin ein Überschuß von 4 849 570 Goldmark. Bei den außerordentlichen Ausgaben überwiegen die letzteren, sie betragen 17 985 250 M., die Einnahmen nur 795 800, mithin Fehlbetrag für 4 1/2 Monate (nach zu erwartenden Minderungen an Besoldung) rund 12 Mill. Mark. Als Bedung ist vorgesehen ein Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer. Er wird dreimal erhoben und beträgt jeweils für Steuerpflichtige mit einer Vorauszahlungsschuld von 1 bis 10 M. das dreifache von 10—40, das Fünffache von mehr als 40, das Fünfzehnfache dieser Schuld. Es fallen dann, soweit der Zuschlag zu entrichten ist, die auf das Ende der Monate Dezember bis März 1924 zu leistenden Vorauszahlungen weg.

Der Staatsvoranschlag in Goldmark

enthält für die Zeit vom 15. November bis 31. März 1924 für die fünf badischen Ministerien die Bezüge der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, die sachlichen Amtskosten und die finanzielle Sicherstellung der sonstigen Projekte und Ausgaben. Es sind bei den Ausgaben da zu erwähnen:

Landtag: Entschädigung der Landtagsabgeordneten 20 000 Mark und Dienstkosten für den Landtag 16 000 M. Staatsministerium: Allgemeiner Fonds für sachlichen und persönlichen Aufwand der Staatsregierung 6000 M., Gesandtschaft in Berlin 18 000 M.

Umfangreicher gestalten sich natürlich Ausgaben und Einnahmen des Finanzministeriums. Da ist es zunächst das Kapitel der Steuerverwaltung, welches an Abgang und Rückersatz bei der Steuer vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb 300 000 M. vorsieht, bei den Polizeigefällen 18 500 M., als Anteil der Gemeinden an der Überweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer 4 500 000 M., an Ausgaben wegen der Steuer vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb 40 000 M., wegen der Fleischsteuer, die in letzter Zeit wiederholt in der Öffentlichkeit besprochen wurde, 20 800 M. Beim außerordentl. Etat für das Bauwesen kommt die Erstellung neuer Beamtenwohnhäuser in Frage. Dafür sind eingestellt 102 500 M., es handelt sich um die Fortsetzung und Vollendung der im Jahre 1922 und 1923 begonnenen Bauten in Konstanz, Lörrach, Offenburg, Heidelberg und Mosbach. — Bei den Liegenschaften mit besonderer Gewerbeeinrichtung kommen als Ausgaben in Betracht Staatskellerei Meersburg 20 000 M., Fernheiz-, Elektrizitäts- und Wasserwerk Karlsruhe 65 000 M., Bad und Kurhaus zum Darmstädter Hof in Baden 8000 M. —

Mit größeren Summen rechnet auch die Bezirksforstverwaltung. Da sind in den Ausgaben eingestellt für Holzabfuhrwege 161 930 M., für Waldkultur 45 650 M., für Zucht und Zerkleinerung der Walderzeugnisse 320 800 M. — Unter den Ausgaben und Lasten sind für Steuern, Umlagen und Feuerversicherungsbeiträge 428 030 M. eingestellt. Bei den Kirchen und Pfarreien sind verzeichnet unter Kompetenzen 233 330 M., als Bauaufwand 14 500 Mark, für sonstige Bedürfnisse 19 500 M. Im außerordentlichen Etat sind als Ablieferung der außerordentlichen Polizeieinnahmen für 1923 angeführt 105 000 M., zur Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen 106 000 M. Auf diesem Gebiete hat die badische Regierung immer ein sehr wachsendes Auge gehabt. Es sind auch beim Bergbau für Auffindung nutzbarer Mineralien 10 000 M. eingestellt; ebenso als Einnahme 2000 M. für Salz-, Solegewinnungs- und Erdölkonzeptionen. — Beim Salinenbetrieb sind die Erzeugnisse mit 180 800 M. Einnahmen registriert.

Das Kapitel: Ruhegehälter und Hinterlassenenversorgung weist die erhebliche Summe von insgesamt 3 218 190 M. auf; es kommen dabei auch jene Beamte in Betracht, welche nach der Personal-Abstandsordnung Abfindungsbeträge erhalten. — Wie stark der Verkehr der Ministerien mit den Organisationen des Staates im Lande ist und sein muß, beweist u. a. der Posten: Postaufwand (Dienstmarken). Er ist als Ausgabe mit der Summe von 850 000 M. in den Voranschlag des Finanzministeriums eingestellt.

Interessant ist auch das Kapitel der Einnahmen, die dem badischen Staat vom Reiche zustießen. Als größter Posten ist verzeichnet die Überweisung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 7 869 000 M., aus der Erbschaftsteuer allerdings nur 36 000 M., aus der Grundbesitzsteuer dagegen wieder 523 000 und aus der Umsatzsteuer 1 162 000 Mark. Von der Biersteuer erhält Baden 414 000 und von der Kraftfahrzeugsteuer 171 000 M.

Was die badischen Steuern anlangt, so hat bekanntlich jüngst Finanzminister Köhler eine erhebliche Erhöhung der Steuer vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb... (Text continues with details of tax increases and state revenue projections for 1923)

Zu erwähnen sind bei den Einnahmen noch die Zuschüsse des Reichs zum Befoldungsaufwand der badischen Beamten; sie sind mit 16 901 000 M. eingestellt... (Text discusses state subsidies for civil servants)

Zum neuen Notetat macht das heutige 'Karlsrufer Tagblatt' u. a. folgende Ausführungen: Man hört oft, daß die badischen Finanzen durchaus gesund sind... (Text provides a critical analysis of the state's financial situation)

Wenn die Lärter das Steuerrecht wieder erhalten, so bedeutet das nicht Befreiung von den Kriegsschulden... (Text discusses the implications of a potential return to state sovereignty)

Ablehnung von Zusatzkrediten durch die Rentenbank

Am 18. Dezember fand die erste Sitzung des Aufsichtsrats der Rentenbank statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Antrag des Reichsfinanzministeriums... (Text reports on the meeting of the Rentenbank supervisory board)

Am 18. Dezember wurde mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die Rentenbank teilweise bei der Weitergabe der für die Wirtschaft bestimmten Rentenmarkkredite... (Text details the bank's refusal to provide more credit)

Wie die 'Frankf. Ztg.' meldet, beschloß die Stempelverteilung der Renten der Binsfuß für Einlagen in Rentenmark bei täglicher Kündigung auf 6 Proz. (bisher 4 Proz.)... (Text reports on interest rate changes for pension savings)

Die zweite Steuernotverordnung

Am Mittwoch vom Reichskabinett auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden und wird heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Sie umfaßt im wesentlichen 6 Punkte:

1. Eine Abänderung der Einkommensteuer von 1923; 2. die Vorauszahlungen der Einkommensteuer für das Jahr 1924; 3. eine Neuregelung der Vermögenssteuer; 4. Umstellung der Erbschafts- und Kapitalverkehrssteuer auf Gold; 5. eine Erhöhung der Kraftfahrsteuer und 6. Bestimmungen über verspätete Steuerzahlung.

Die Bestimmungen über die Einkommensteuer besagen u. a., daß für die nicht zur Landwirtschaft oder Gewerbebetriebe gehörigen Berufe, besonders Einkommen aus Grundbesitz, aus freien Berufen und aus selbständigen Arbeiten... (Text details changes to income tax rates and exemptions)

Die Neuordnung der Vermögenssteuer bezieht sich zunächst nur auf das Kalenderjahr 1924. Bei Grundbesitz soll auszugehen werden vom Wert der Gebäude... (Text discusses the new property tax assessment method)

Die Änderung der Erbschaftsteuer bezieht sich in der Hauptsache auf die Umstellung auf Goldmarkrechnung. Der Steuerfuß für die Gruppe der Lebenden, der bisher 3,5 bis 17 Proz. betrug, wird jedoch auf 2 bis 10 Proz. ermäßigt... (Text reports on the reduction of inheritance tax rates)

Über die dritte Notverordnung, die nach dem Entwurf des Finanzministers das Aufwendungsverbot, die Mietzinssteuer und die Steuer aus dem Geldwertvermögen... (Text mentions the third emergency decree)

Sehr große Sorgen bereitet der Reichsfinanzverwaltung gegenwärtig die Deckung ihrer Verpflichtungen in den nächsten Wochen und Monaten. Daß der ursprüngliche verzinsliche Rentenmarkkredit erschöpft ist, ist bereits bekannt... (Text discusses the government's financial difficulties)

Die Lage der Reichsbahn

Einem Vertreter des R.F.M. gegenüber äußerte sich Reichsverkehrsminister Oetel über die Finanz- und Geldlage der Reichsbahn, deren Finanzierung aus Reichsmitteln bekanntlich seit dem 15. November d. J. aufgehört hat... (Text discusses the Reichsbahn's financial crisis)

Die Münchener amtliche Korrespondenz Hoffmann meldet: Der Generalstaatskommissar erläßt eine Warnung, monach Angelegenheiten vorliegen, daß bestimmte Kreise die allgemeine Not für politische Zwecke ausnützen wollen... (Text reports on political tensions in Munich)

Die Wahl des Ministerpräsidenten, die am Mittwoch auf der Tagesordnung des sächsischen Landtags stand, ist ohne Festsetzung eines neuen Termins verschoben worden... (Text reports on the postponement of the Saxon ministerial election)

Politische Neuigkeiten

Schacht's Werbung für die Goldbank

In der Reichsrepubliklich-politischen Gesellschaft des Kantons Zürich sprach am Montag der deutsche Botschaftsminister Dr. Schacht vor einem zahlreich geladenen Publikum... (Text reports on Schacht's speech in Zurich)

Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Vom 10. Dezember werden die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung nicht mehr einheitlich für das ganze Reich festgesetzt... (Text reports on changes to unemployment benefits)

Die wachsende Unterhaltungsbedürftigkeit betragen vom 10. Dezember ab bis auf weiteres in der obersten Ortsklasse im Wirtschaftsgebiet West wie bisher für Männer über 21 Jahre 780, unter 21 Jahre 470, für Frauen über 21 Jahre 620... (Text provides details on the new benefit levels)

Das bayerische Ermächtigungsgesetz abgelehnt

Der bayerische Landtag hat am Mittwoch das Ermächtigungsgesetz abgelehnt. Ministerpräsident von Kallmayer erhob klammernden Protest gegen das Treiben der Separatistenbewegung... (Text reports on the Bavarian parliament's rejection of the law)

Finanzminister Dr. Krausnick legte unter Hinweis auf die trostlose finanzielle Lage Bayerns die Notwendigkeit züchtiger Einsparung und größter Opferbereitschaft dar... (Text reports on the Bavarian finance minister's speech)

Die Abg. der Bayerischen Volkspartei, Bayerischen Mittelpartei und Demokraten erklärten sich für das Ermächtigungsgesetz, während sich die Sozialdemokraten und ein Abgeordn. des Bauernbundes gegen das Gesetz aussprachen... (Text reports on the parliamentary vote in Bavaria)

Die Abg. der Bayerischen Volkspartei, Bayerischen Mittelpartei und Demokraten erklärten sich für das Ermächtigungsgesetz, während sich die Sozialdemokraten und ein Abgeordn. des Bauernbundes gegen das Gesetz aussprachen... (Text repeats the vote result)

Die Abg. der Bayerischen Volkspartei, Bayerischen Mittelpartei und Demokraten erklärten sich für das Ermächtigungsgesetz, während sich die Sozialdemokraten und ein Abgeordn. des Bauernbundes gegen das Gesetz aussprachen... (Text repeats the vote result)

Die Abg. der Bayerischen Volkspartei, Bayerischen Mittelpartei und Demokraten erklärten sich für das Ermächtigungsgesetz, während sich die Sozialdemokraten und ein Abgeordn. des Bauernbundes gegen das Gesetz aussprachen... (Text repeats the vote result)

Die Regierungskrise in Sachsen

Die Wahl des Ministerpräsidenten, die am Mittwoch auf der Tagesordnung des sächsischen Landtags stand, ist ohne Festsetzung eines neuen Termins verschoben worden... (Text reports on the postponement of the Saxon ministerial election)

Die Abg. der Bayerischen Volkspartei, Bayerischen Mittelpartei und Demokraten erklärten sich für das Ermächtigungsgesetz, während sich die Sozialdemokraten und ein Abgeordn. des Bauernbundes gegen das Gesetz aussprachen... (Text repeats the vote result)

... und nicht nur von einem sozialdemokratischen Reichskabinett. Aber es ist zu bedenken, daß eine solche Regierung, die genau die Hälfte der Abgeordneten hinter sich hätte, nur mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei wirklich zu arbeiten vermöchte.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett hat am Mittwoch die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen eingehend beraten und beschlossen, in Vorverhandlungen mit den Ländern einzutreten. Weiter hat das Kabinett in Aussicht genommen, sich mit der Gründung der Rheinisch-westfälischen Notenbank einverstanden zu erklären, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden, die in den letzten Tagen mit den Vertretern der Rheinischen Bank erörtert wurden. Nach dem in diesen Verhandlungen gewonnenen Eindruck steht zu erwarten, daß über diese Bedingungen eine Einigung erzielt wird.

Die Reichsfinanzminister für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) befaßt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 17. Dezember auf das 1163milliardenschwere Budgetjahr. Gegenüber der Normhöhe (1200milliardenschwer) ist demnach eine Abnahme von 8,4 Prozent zu verzeichnen.

Die Reparationskommission. Die für Mittwoch nachmittag vorgesehene Sitzung der Reparationskommission, in der der deutsche Antrag betreffend den amerikanischen Nahrungsstoffkredit zur Sprache kommen sollte, ist wegen der Abwesenheit des englischen Delegierten auf Freitag verschoben worden.

Die Vorgänge in Griechenland. Nach Meldungen aus Athen scheint die Ausrufung der Republik in Griechenland unmittelbar bevorzustehen. Die Republikaner betrachten die Abreise des Königs als Ende der Monarchie, während die Royalisten behaupten, die Mehrheit des Volkes werde dem König treu bleiben.

Badische Uebersicht

Eine Zentrums-Politikerkonferenz in Pforzheim

Eine Zusammenkunft der Zentrumsfraktionen des badischen und württembergischen Landtags zur gegenseitigen Aussprache hatte Mittwoch mittag bei großer Beteiligung im katholischen Vereinshaus in Pforzheim stattgefunden. Von badischer Seite nahmen daran der Chef der Fraktion, Prälat Dr. Schöfer, Stadtpräsident Dr. Adler, Justizminister Krauß, Landtagspräsident Dr. Baumgartner und eine große Anzahl Abgeordneter teil. Von Württemberg waren erschienen der Innenminister Dr. Wolf, Justizminister Meyerle, und ebenfalls eine größere Anzahl Abgeordneter. Die Leitung wurde dem württembergischen Innenminister Wolf übertragen. Über das Ergebnis der Tagung schreibt der „Bad. Post.“: „Die politischen Hauptpunkte wurden aufgezeigt, die Einzelheiten der politischen Auffassung, komfiziert, die gesellschaftlichen Bande enger geknüpft, der Wille zur gemeinsamen Zusammenarbeit für das Reich und des Volkes wohl in geradezu überwältigender Weise zum Ausdruck gebracht. Die Früchte dieser Konferenz, die, trotzdem keine Resolutionen gefaßt wurden, doch jedem sichtbar einen sehr positiven Erfolg zu verzeichnen hatte, werden sich bestimmt zeigen.“

Giesberts zur Rheinlandfrage und den Stellen- und Gehaltsabbau

In einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tonhalle zu Bilingen sprach Reichspostminister a. D. Giesberts über die gegenwärtige Lage.

Unter anderem führte Giesberts aus, wie auch die rheinische Frage unter dem Druck der Feindmächte geregelt werde, die Rheinländer bleiben deutsch; das Rheinland solle ebenfalls deutsch bleiben. Unso schärfer müßte aber Protest erhoben werden gegen gewisse Strömungen, die für den Fall, daß Frankreich eine Rheinlandregelung gegen unseren Willen und aufzwingt, den Auseinanderfall des Deutschen Reiches prophezeien. Das möchte ich, komerter Minister Giesberts, hier in Süddeutschland scharf betonen. Sie müssen sich alle von der antipreußischen Stimmung freimachen. Preußen wird heute falsch beurteilt. Das Preußen der heute ist nicht mehr das Preußen der Junker und Offiziere, deren politische Macht auf das Dreiklassenwahlrecht in Preußen beruhte. Wir sollen uns gegenseitig mehr verstehen und aus diesem Versehen eine deutsche Solidarität entwickeln, die sich als oberstes Ziel setzt, Deutschlands Einheit zu erhalten. Wenn aber jene Quertreiber und Eiderer des deutschen Friedens einmal recht belassen und wir das traugliche erleben müßten, daß tatsächliche Abtrennungen erfolgen, so sage ich mit aller Bestimmtheit: Wenn heute das Reich auseinanderfällt, wird morgen die Kampfplage begründet zur Wiederherstellung der deutschen Reichseinheit (Schäfer Zustimmung).

Minister Giesberts ging dann weiter auf die jüngsten Ereignisse ein. Die Aufgaben, die das Kabinett Marx zu lösen hat, sind ungeheuer. Ich habe über den Stellen- und Gehaltsabbau der Beamten und Staatsarbeiter meine besonderen Meinungen. Wenn die Beamtenämter mit den sehr bitteren Maßnahmen sich abfinden, dann kann sie es nur dann, wenn allen anderen Volksteilen ebenfalls entsprechende Opfer auferlegt werden. Die gesamten besitzenden Klassen Deutschlands — und darunter rechne ich nicht nur den Großbesitz — haben genau dasselbe Interesse, wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten an der Durchführung der eingeleiteten Stabilisierung unserer Währung. Wenn die Arbeiter und Beamten durch Mehrarbeit und verringertes Einkommen diese Aktion stützen, so muß auf der anderen Seite eine gleich hohe Opferbereitschaft vorhanden sein. Oder sollen die schönen Reden von der Volksgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit des deutschen Volkes, von denen alle Versammlungen widerhallen, nur Phrasen bleiben? Soll die jegliche Wirtschaftskrise nur auf Kosten der Arbeiter und Beamten ausgefochten werden?

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuß Freiburg i. Br. stimmte dem Voranschlag für 1924/25 des Stadtheaters zu. Die letzte Spielzeit hat, wie in der Bürgerausschussung betont wurde, keine Zuschüsse seitens der Stadtkasse erfordert. Der Besuch hatte sich gegenüber der letzten Spielzeit gesteigert. Zu den in letzter Zeit bekannt gewordenen Minderungsmaßnahmen habe sich die Theaterleitung nur schwerem Verzeß entschlossen. Mit einer Änderung in der Oberleitung der städtischen Kasse wird für die Zukunft gerechnet werden müssen. — Es wird weiter eine Vorlage angenommen, wonach der Werkmeister des Münsterbauvereins als Angestellter auf den Wirtschaftsvoranschlag der Stadt übernommen wird, und zwar so lange, bis bessere Zeiten dem Münsterbauverein abermals ein selbständiges Wirken ermöglichen.

Aus der Landeshauptstadt

Kunstgewerbehaus C. F. Otto Müller. Zu unserm Artikel über die neueste Ausgestaltung der Firma ist berichtigend nachzutragen, daß Herr Müller jun. Leiter der Karlsruher Kunstgewerblichen Werkstätten C. F. Otto Müller, G. m. b. H., ist, die nach seinen Entwürfen die bekannten Luxus-Metallarbeiten ausführt, daß dagegen der Betriebsleiter der Porzellan-Fabrik Ruppert der Keramiker Emil Müller-Ruppert ist.

Wohnungspakete nach dem altbestehenden Gebiet. Bis zum 24. Dezember bietet sich eine äußerst günstige Gelegenheit zur Abwendung von Wohnungskosten mit der Post in das altbestehende Gebiet in Einzelpaketen (nicht Massenabnahmen) bis zum Gewicht von 5 Kilogramm. Alle Interessenten sollten hierüber Gebrauch machen. Nähere Auskunft bei den Postanstalten.

Postfahrtsmaße. Die Post wird in den nächsten Wochen Wohlfahrtsmaße zum Besten der Postkunden herausgeben. Die Marken von 5, 10, 20 und 50 Pfg. erhalten einen entsprechenden Aufdruck und werden zum Nennwert veräußert, davon drei Viertel an die Postkunden abgeführt.

Reiseplan. Seit 1. Dezember zog in die Hallen des Kolosseums die durch ihre alljährliche Gastdarstellungen bekannten und beliebten Köhler Komiker Karl Schmid und Josef Wehwecker mit ihrer Gesellschaft ein, um allabendlich das Publikum aus beste zu unterhalten. Zurzeit geht der Schwant auf 3 Akten von H. Vogt. Dermann, was hast du gemacht? über die Bretter. Herr Hermann Stips, (Carl Schmid), ein Schwereidler, ist verheiratet und hat so nebenher ein Techtelmechtel mit einer anderen Dame, die so ungefähr in seine Wohnung kommt, in welcher sich seine Schwiegereltern, Fabrikbesitzer Anton Knibbel (Josef Wehwecker) auf Besuch mit seiner Frau befindet. Unter allerhand Vorwänden muß das Verhältnis des Herrn mit seiner Geliebten, der Tilly Pfeifferlein (Willa Wehwecker) seinen Schwiegereltern und seiner Frau Clara (Adela Wehwecker) in ein für ihn günstigeres Licht gerückt werden, wozu noch eine Anzahl Personen beigezogen werden und zwar Ernesto Nannito, Gesangslehrer (Erk Hauptmann), Emilie, seine Frau Maria (Schmid), Opernsänger Otto Peller (Georg Köhler), Schiffskapitän Aug. Lorenz (Eduard Weh), Josef Sped (Jean Helfer) und das Dienstmädchen bei Hermann Stips, Gulda (Grete Woerner), die alle ihr robblich Teil dazu beitragen, das Stück, das aus einer Kette von Verwicklungen zusammengesetzt ist, zu einem Gelingen zu gestalten. Die Hauptrolle unter Schotes Leitung füllte die Kaufman auf beste aus. In Vorbereitung befindet sich die „Zwangsquartierung“, welche wohl vom 22. ab in Szene gehen dürfte, da dann ein neues Programm einsehen wird.

Bad. Landestheater. Um eine möglichst eindrucksvolle Darstellung des 2. Aktes (Tribunaler Konflikt) von Hans Rühner musikalischer Legende „Palesina“ zu gewährleisten, haben sich etwa 100 Gymnasialisten der höheren Klassen des Goethe-Gymnasiums und des Gymnasiums dank dem außerordentlich liebenswürdigen Entgegenkommen der Leitung beider Anstalten zur Verfügung gestellt, um bei den großen Massenfiguren dieses Aktes mitzuwirken. Da in diesem Akte auch nahezu das gesamte Herren-Soloensemble der Oper, sowie der Herren-Operndarsteller des Landestheaters und der Verstärkung zur Mitwirkung herangezogen ist, so dürfte dieser Akt etwa 250 Mitwirkende auf der Szene aufweisen und somit ein außerordentlich farbiges und ansehnliches Bild gewähren. — Wie bereits vor einiger Zeit mitgeteilt, sind von Auslandsdeutschen durch Vermittlung des Oberbürgermeisters dem Landestheater 500 holländische Gulden zum Zwecke der Wiederholung des ersten diesjährigen Sinfoniekonzerts für solche künftige Preise zur Verfügung gestellt worden, denen die Mittel zum Besuch der regelmäßigen Konzerte fehlen. Dieses Konzert wird am Sonntag, den 23. d. M., nachm. 3 Uhr, in der städt. Festhalle stattfinden. Auf Wunsch der Spender wird die Ansprache des Hans Sachs aus den „Meisterlingen von Nürnberg“ (gesungen von Kammerfänger Max Wülfert), den Beschlüssen der Darbietungen bilden, um dem deutschen Gedanken besonders Rechnung zu tragen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Erleichterung des Verkehrs über Basel. Nachdem der Verkehr über Frankfurt-Basel mit zahlreichen Schnellzügen wieder ungehindert fort geht, wird eine weitere Erleichterung des Durchgangsverkehrs über Basel in Bälde dadurch eintreten, daß die deutsch-schweizerische Post- und Zollrevision im Zuge selbst vorgenommen wird, infolgedessen die Reisenden nach der Schweiz und Italien die durchgehenden Wagen nicht mehr verlassen brauchen.

Wiederaufnahme des Personenverkehrs über die badisch-elsässische Grenzübergänge. Nachdem der durchgehende Personenverkehr über Stettin-Strasbourg vor einigen Tagen wieder aufgenommen wurde, ist nunmehr ab 20. Dezember auch der Personenverkehr über Rastatt-Winterdorf freigegeben worden. Die südlichen Übergänge Freiburg-Weisach-Colmar, Müllheim-Mühlhausen und Weil-Reopoldshöhe—St. Ludwig waren bekanntlich nicht gesperrt, so daß jetzt der Personenverkehr über sämtliche badisch-elsässischen Grenzübergänge wieder im Gang ist. Nach wie vor ist jedoch für die Einreise nach dem Elsaß die für Frankreich allgemein verlangte Zureichengemügnung notwendig.

DZ. Mosbach, 18. Dez. Der Ehrenbürger unserer Stadt, Bezirksrath Dr. Löwenstein, ist im 81. Lebensjahre gestorben.

DZ. Hornberg, 17. Dez. Der bereits in den Rudamenten angefangene Neubau des Stadthauses über das Altes Rathaus wird von den Sparmaßnahmen bei der Eisenbahnverwaltung glücklicherweise nicht betroffen. An Stelle der jetzigen eisernen Gitterbrücke wird bekanntlich eine Gewölbebrücke, die 7 Eisenbögen erhält, die Talwehre überspannen; die Brücke dürfte eine Sehenswürdigkeit der Schwarzwaldbahn bilden.

Singen, 14. Dez. Mit Unterstützung der Stadtgemeinde Singen, des Männergesangsvereins E. B. und der Schiffbau-Gesellschaft wurde eine Schiffbau-Gesellschaft gegründet. Die Gesellschaft bezweckt, durch Erhaltung eines monumentalen Gebäudes „in unferer“, wie es in dem Prospekt heißt, „an Idealen so armen Zeit“ an einem der schönsten Punkte der Stadt, in dem künstlerisch einzigartigsten Stadtpark, am Rufe der württembergischen Burgbesitzer dem Schöpfer des „Gieshard“ ein bleibendes Denkmal zu setzen. Nachdem der wenigsten Tag die monumentale Schiffbau-Brücke, die zu den Höfen des Hohentwils führt, dem Verkehr übergeben worden ist, soll nun in wenigen Tagen mit dem Bau des allem Schönen dienenden Schiffbauhauses begonnen werden. Hervorragend beteiligt an der kostenfreien Lieferung des Baumaterials sind die württembergischen und badischen Industriellen. Mit der feierlichen Ansetzung der Innenräume soll möglichst Württemberg und Badens Kunsthandwerk berücksichtigt werden. Das Gebäude selbst,

von deutschen Architekten und Mitgliedern des B. d. A. entworfen, wird eigenen Ökonomie- und Restaurationsbetrieb unterhalten. Tausende fleißige Hände Deutschlands und der Schweiz haben einst die großen Materialberge entladen und das wertvolle Baumaterial wasserfrei zum Bauplatz geführt. Tausende fleißige Hände haben sich wieder ungenügend hilfsbereit zur Verfügung gestellt zur Errichtung des Baues selbst. Zugunsten der Errichtung des Schiffbauhauses hatte die Stadtgemeinde Singen ein besonderes Notgeld herausgegeben, dessen Gesamtbestände die Schiffbauausstattungszeit erworben hat.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark.

	20. Dezember		19. Dezember	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam	1 596 000	1 804 000	1 596 000	1 804 000
Kopenhagen	751 118	754 882	748 125	751 875
Italien	183 540	184 460	183 540	184 460
London	18 354 500	18 446 000	18 354 500	18 446 000
New York	4 189 500	4 210 500	4 189 500	4 210 500
Paris	222 445	224 555	222 440	224 560
Schweiz	732 165	735 835	731 165	734 832
Brno	125 685	128 315	124 690	125 310
Wien	59 850	60 150	59 850	60 150

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wundelgeder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)	
5% Pabische Kohlenwert-Anleihe	ca. 19
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 14
5% Rhein-Wald-Donau-Gold-Anleihe	ca. 2,25
7% Redarwerle Goldanleihe	ca. 2,25
5% Preussische Nat-Anleihe pro 100 kg	ca. —
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Lit.	ca. —
5% Süddeutsche Festwert-Anleihe	ca. 2
Dollarschuldenanweisungen des Deutschen Reichs	ca. 4,2
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca. 4,2

Ferner nennen wir noch die nicht mündelwürdigen
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl,
G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim ca. 1 Billion

Karlsruher Börse. 19. Dezember 1923. Getreide und Mehl. Die Börse war sehr gut besucht. Das Geschäft hat sich etwas belebt, weil man zur Verfügung der Zahlungsmittel allgemein mehr Zutrauen hat. Man karte folgende Preise: Weizen 20—21 Goldmark, Roggen 18—19, Gerste 17,5—18, Hafer 15—16,50, Mele 8—8,50, Weizenmehl, Mühlenmehl 30—32, zweifach 29,50—30, Roggenmehl 28—27,50, Trodenmehl 11—12, Malzkeime und Wertreber 11,50 Goldmark, alles per 100 Kilogramm, Feuchtparität Karlsruhe, Mehl und Mühlenfabrikate ab Mühlenstation. Wein und Spirituosen. Wein: Die Preise haben sich befestigt, ohne jedoch eine Belebung des Geschäfts herbeigeführt zu haben; verbess. 1922er Weisweine wurden im Großhandelsverkehr angeboten zu 50 bis 65 Mark per Hektoliter unbesteuerter, verbess. 1922er Rotweine zu 55—70 Mark per Hektoliter, 1923er Pabische Weisweine zu 60—75 Mark per Hektoliter unbesteuerter, alles ab Keller. Spirituosen: Schwarzwälder Kirchwasser 4,50—5 Mark per Liter r. A.; badische Zwetschenwasser 4—4,50 Mark per Liter r. A.; Weisbranntweine und neutrale Branntweine angeboten, jedoch ohne Beachtung. Kolonialwaren: Kaffee und Tee ziemlich unveränderte Preise. Putzwaren 0,48 Mark Graupen 0,50, resp. Erbsen 0,65, ungar. Verbohnen 0,60, Linsen, mittel, 0,90, Schweinefett 1,80, Salatlil 1,40 Mark per Kilogramm.

Emil Haf, Akt.-Ges., Werkzeugfabriken, Karlsruhe. Die Gesellschaft hat das in Langer als bei Morzell liegende Grundstück mit Wohnhaus und eingerichteter Kartonnagenfabrik des Herrn Hermann Liebens um den Preis von 20 000 Mark erworben und beabsichtigt die Errichtung einer Spezialwerkzeugfabrik.

Der Sturz des französischen Franken dauert fort. Das englische Pfund ist am Mittwoch an der Pariser Börse auf 83,90, der Dollar auf 19,15½ gestiegen. Man ist auf ein weiteres Fallen des Franken gefaßt und erklärt dies als ein „englisch-amerikanisches Räuber“.

Verschiedenes

Die Fernleitung des Bayernwerkes. Die Fernleitungen des Bayernwerkes sind seit einiger Zeit in ihrer ganzen Ausdehnung fertiggestellt. Die Gesamt-Leitungslänge beträgt 880 Kilometer. Am 22. September 1920 wurde in der Genesung von Weiden der erste Mast gestellt. Insgesamt waren 3880 Masten mit einem Gesamtgewicht von zusammen 11 540 Tonnen aufzustellen. 1 272 000 Kilogramm Kupfer und Bronze, 698 300 Kilogramm Aluminium und 518 300 Kilogramm Stahl und Eisen dienten der Herstellung der Leitungsfäden. Von 2800 Arbeitern einschließlich Vorarbeitern, Monteuren und Obermonteuren wurden für den Leitungsbau 3 344 000 Arbeitsstunden aufgewendet. Die Ausführung der Bauarbeiten war durch das Bayernwerk an 5 Elektrizitätsfirmen übertragen worden. Noch in diesem Jahr ist damit zu rechnen, daß die Leitungen ihrem Zwecke, die Energie des Waldenwerkes (später auch der Mittleren Isar und anderer bayerischer Wasserkraft) über die 10 Umspannwerke des Bayernwerkes und über die Leitungsnetze der Überlandwerke an Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe zu verteilen und so dem immer fühlbarer werdenden Mangel an elektrischer Energie zu steuern, zugeführt werden.

Zum Oberrhein. Rund 200 Riesbänke werden auf der etwa 200 Kilometer langen Rheinstraße von Basel bis Mannheim gezählt, sie liegen abwechselnd gegen das linke und gegen das rechte Ufer hin. Sie sind bei höheren Wasserständen überflutet, während sie bei niedrigerem Wasser aus dem Strom aufragen. Zwischen den Riesbänken durchfließen sich die sogenannte Talweg, die Stromrinne mit den größten Tiefsen. Das größte Hindernis für die Schifffahrt bilden die hochliegenden Etwellen, die, da sie das untere Ende jeder Riesbank mit der Spitze der nächstfolgenden verbinden, vom Talweg etwa in der Strommitte gekreuzt werden über die das Wasser mit fast beschleunigter Geschwindigkeit abströmt. Durch die Rheinregulierung von 1906 bis 1914 zwischen Mannheim und Strasbourg ist das Hochwasser so verbessert worden, daß auch bei niedrigem Wasserstand an den Schwellen der Riesbänke eine genügende Hochwasserfließtiefe besteht, so daß der Kahnraum rationell ausgenutzt werden kann. Die nunmehr geplante Stromregulierung zwischen Basel und Strasbourg soll auch auf diesen Teil des Oberrheins bessere Verhältnisse schaffen, um den Bedürfnissen des Großschiffahrt in jeder Hinsicht zu genügen.

Literarische Neuerscheinungen

Europa am Abgrund. Von Francesco Ritti. Einzige berechnete deutsche Ausgabe. Mit einem neuen Vorwort und dem Bildnis des Verfassers. Volksausgabe. (Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. 1923.) Die beiden Bücher des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Ritti: „Das friedlose Europa“ und der „Niedergang Europas“, haben in der ganzen Welt ein leidenschaftliches Echo geweckt und sind Volksbücher im wahren Sinne des Wortes geworden. Den mannigfachen Anregungen der Presse, die hervorragenden Bücher noch mehr als bereits geschehen in allen Ländern deutscher Sprache zu verbreiten, ist der Verlag insoweit nachgekommen, als er in der vorliegenden „Volksausgabe“ den Inhalt der beiden Werke in erschöpfender Form zusammengefaßt und damit der weitesten Verbreitung die Wege gebnet hat.

Freie Aussprache

Mit Veröffentlichung unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgrenzten Rubrik beabsichtigt die Redaktion, den Lesern eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich beschränkt sich diese Rubrik auf die politische Verantwortung der Redaktion.

Zur geistigen Krisis der Sozialdemokratie

von Dr. Emil Kraus, Mannheim.

Dringen wir aber auch hier tiefer. Diese Reinigungskämpfe und Richtungsstreitigkeiten sind kein Zufall, keine bloß latente Erscheinung, sie deuten auf ein ungelöstes Problem innerhalb der Grundlagen der geschichtlichen Fundamente des Sozialismus marxistischer Prägung hin. Das Staatsproblem, das Verhältnis von Wirtschaft, Politik und Staat ist bei Marx und Engels unklar und zweideutig geblieben, der Marxismus hat bis heute eine einseitige, wissenschaftlich und geschichtlich haltbare Lehre von Staat und Politik nicht entwickelt. Es war zweifellos eine große positive Leistung des Marxismus, daß er, nicht allein und zuerst, aber immerhin umfassend und geschichtlich ungemein wirksam den Staat und seine Entwicklung, seine verschiedenen geschichtlichen Rechts- und Rechtsformen in engste Beziehung zu der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft gebracht, und damit den Staat der soziologischen und sozialgeschichtlichen Betrachtung zugänglich gemacht hat. Geradezu verhängnisvoll aber hat der doppelstimmige marxistische Begriff des Klassenstaates gewirkt. Marx und Engels werde ja nicht müde, immer wieder die Klassenhaftigkeit jedes Staates zu betonen, und daraus die Notwendigkeit seiner Selbstauflösung, des sogenannten „Absterbens“ des Staates in der klassenlosen kommunistischen Zukunftsgesellschaft herzuleiten. Hier werden offensichtlich zwei Begriffe von Klassenstaat in ihrer Bedeutung durcheinander geworfen. Das eine ist der soziologische Sinn des Begriffes Klassenstaat, der die Tatsache der zunehmenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Verflechtung von Ständen und Berufsständen, der Tatsache also, daß überhaupt eine wirtschaftliche und soziale Berufs- und Klassenstruktur vorhanden ist, die den Staat als politische, klassenzusammenfassende gesellschaftliche Organisationsform notwendig macht und ihn natürlich inhaltlich von jenen Voraussetzungen her bestimmt. Dieser Staatsbegriff macht aber unter der Hand dem anderen Sinn des Klassenstaates Platz, wonach aus der Tatsache, daß in der bisherigen Geschichte der Staat fast stets die organisierte, politische Macht einer bestehenden und herrschenden Klasse war, die ihre Macht zur Beherrschung anderer recht- und hilfloser Klassen mißbrauchte, die Folgerung gezogen wird, daß der politische Staat überhaupt Klassenstaat in diesem Sinne des Wortes ist und daß mit dem Verschwinden der ökonomischen Klassengliederung, die schließlich durch die Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsteilung durch einander geworfen wird, auch der Staat als solcher verschwindet. Nur das völlige Zurücktreten des rein soziologischen Staatsbegriffes und das einseitige agitatorische Betonen dieser geschichtlichen Klassenhaftigkeit des Staates macht die verhängnisvolle Lehre von der Diktatur des Proletariats und vom Absterben des Staates möglich, die dann im Bolschewismus Reins unter Berufung auf Marx so verhängnisvolle Früchte gezeitigt hat, allerdings um dann ins Gegenteil eines absolutistischen Staatsdespotismus umzuwandeln. Es hat gar keinen Sinn, heute mit aller möglichen spirituellen Dialektik die „Diktatur des Proletariats“ in eine demokratische-evolutionäre „Herrschaft der Mehrheit“ umzuwandeln, es muß offen zugegeben werden, daß in diesem Punkt die Kommunisten und Bolschewisten den geschichtlichen Marx schon richtig interpretiert haben. Aber gerade das zeigt das Falsche und Unhaltbare dieses Gedankens und auch die Wurzel all der staatspolitischen Schwierigkeiten und Unklarheiten innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, welche die Politik läßt und die Sozialdemokratie mit anderen Parteien nicht recht

händelfähig machen. Das Schicksal der Sozialdemokratie als politische Partei, die ernst genommen werden soll, hängt davon ab, inwieweit es ihr gelingt, diese negative anti-staatliche Einstellung des Marxismus zu überwinden und an ihre Stelle eine positive, geschichtlich fundierte Staatsauffassung zu setzen. In dem Maße wie das gelingt, wird auch der unelastische und unfruchtbare mit vulgärmarxistischer Intoleranz ausgelegene Streit darum, wie die Sozialdemokratie sich prinzipiell oder faktisch zur Koalition mit „bürgerlichen“ Parteien stellen soll, endlich aufhören und einer vernünftigen Realpolitik Platz machen. Es wird dann für die Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit sein, innerhalb der Demokratie jede politische Machtposition, die sie überhaupt haben kann, einzunehmen und in Politik und Verwaltung überall mitzuarbeiten, allerdings nicht mit einem an der Wirklichkeit gerichteten und ihr gegenüber veragenden naiven Zukunftsprogramm, sondern mit einem auf die nächsten staats- und wirtschaftspolitischen Gegenwartsaufgaben einzestellten praktischen Aktionsprogramm orientiert an den tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Wäre die Sozialdemokratie seit Jahren so eingestellt gewesen, hätte sie diese Linie, die manchmal erreicht war, konsequent durchgehalten, so hätte sie die starke Einbuße an politischer Macht nicht zu verzeichnen, die wir heute konstatieren müssen, sie wäre auch nicht in die fatale Zwangslage gekommen, sich so unglücklich aus Regierung und Verwaltung herauszudenken zu müssen, wie das gerade in letzter Zeit wieder geschehen ist.

Greifen wir weiter als praktisches anschauliches Beispiel die Wirtschaft- und Sozialpolitik der Sozialdemokratie heraus. Wir haben oben bereits in anderem Zusammenhang festgestellt, daß hier das Ergebnis geradezu lässig ist. Warum? Es ist doch heute in den eigenen Reihen allgemein zugestanden, daß wirtschaftspolitisch die Partei völlig unvorberichtet in die Revolution eingetreten ist. Nicht etwa nur und in erster Linie, weil durch den Zusammenbruch die Demokratie mit ihren neuen und andersartigen Aufgaben zu früh gekommen ist, und weil der Krieg und die Niederlage völlig veränderte Situationen und Probleme geschaffen haben, sondern vor allem, weil auch hier die grundlegenden zeitliche Einteilung zu diesen Dingen falsch war und außerdem, irgend eine Reife zu praktischer Wirtschaftspolitik zu schaffen. Nur ganz wenige Einzelne haben sich vor und nach dem Kriege wirklich eingehend und gründlich und vor allem wissenschaftlich-objektiv mit volkswirtschaftlichen Fragen befaßt, haben Vorschläge, Entwicklung und Aufbau der modernen großkapitalistischen Volkswirtschaft studiert, sowie die einzelnen Formen und Möglichkeiten, wie die soziale Umgestaltung und Umformung dieser Wirtschaft von einzelnen Punkten her in Angriff genommen werden kann. Die große Masse der Parteimitglieder ist aber jahrzehntlang und auch noch in den letzten Jahren mit den allüberalligen Gemeinplänen und hohlen Sprüchen des Erklärungsprogramms abgelenkt worden, und leider ist auch der größte Teil der Führer über die abstrakten und dürftigen Formen von „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ und „Überführung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft“ nicht hinausgekommen. Wo es sich aber darum handelte, wirklich praktische Vorschläge zu machen, Sand anzulegen an die Verwirklichung dieser Programmziele, da versagte man, wie man angestrichelt und scheu zurück, und gerade die wenigen praktischen Wege und Ansätze, die wirklich z. B. in der Konsumgenossenschaftsbewegung vorhanden gewesen wären, waren erst theoretisch heiß umstritten und haben nicht die großzügige Pflege und Ausgestaltung erfahren, die notwendig gewesen wären, wenn man in näher praktischer Reformarbeit wirklich etwas Positives erreichen wollte. Wohl war man stets groß darin, wenn es galt, in Veranlassungen, Kongressen und Parteitage Resolutionen schöne Programme, Forderungen und Punkte aufzustellen, aber in der Praxis gelang aus den oben angeführten Ursachen so gut wie nichts. Erinnert sei nur an das traurige Schicksal, das die Idee der Sozialisierung der Kohle erlebt hat, die schließlich in eifriger Kommissionen und Unterkommissionen elegendig versackte, an die sogenannten 10 Punkte, welche die freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien nach dem Kapp-Zug aufgestellt haben, an das lächerliche Fiasko der Erfassung der Schwärze und schließlich nicht zuletzt an das Schicksal, das man gerade in offiziellen Parteikreisen der Wiffelischen Idee der Planwirtschaft bereitet hat. Es sollte doch nicht vergesen werden, daß man von ganz offizieller Parteiseite damals diesen Gedanken ablehnte, weil er angeblich einen Hemmschuh der Entwicklung zur wirklichen Sozialisierung darstelle! Hören wir zwei gewichtige Stimmen über dieses völlige Versagen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Der bekannte Heidelberger Nationalökonom Professor Dr. Reberer schrieb 1920 in seiner Schrift über „Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Wiedereingliederung durch Sozialisierung“: „Als im November 1919 die politische Macht dem Proletariat

zufiel, flatterte der Gedanke der Sozialisierung auf. Nicht als Plan zur Rettung aus ökonomischem Zerfall, sondern als Auswirkung der Machtposition, welche der Arbeiterklasse in Staat und Wirtschaft durch den Zusammenbruch kampflos überlassen wurde. Nach einem Anlauf, nach prinzipiellen Deklarationen, der Stellung einer Sozialisierungskommission ist schließlich nichts geschehen. Die wilden Streiks, die Unruhen in den Betrieben wurden immer wieder durch Augenblicksmaßnahmen und klingende Worte besänftigt. Wenn die Pläne der Arbeiterbewegung bedrohlich anstiegen, veränderten Plätsche: „Der Sozialismus ist da!“ Gebte die soziale Situation zurück, so konnte man von ganz und halbsozialistischer Seite hören, daß der Zeitpunkt für die Sozialisierung nicht geeignet sei, daß man Defizite nicht sozialisieren könne, als ob die Sozialisierung in der Begegnung und nicht in der Vergesslichkeit der Industrie geschehe.“ Und Petrus Ströbel schrieb in seiner 1921 verfassten Schrift über „Die Sozialisierung. Ihre Wege und Voraussetzungen“: „Daß es geradezu unfaßlich sei, wie leichtsinnig die deutschen Sozialisten an den praktischen Arbeiten des bekannten Berliner Stadtbaurats Alfons Horten zur Sozialisierungsfrage vorbeigegangen sind. Ströbel schreibt da u. a.: „Innerhalb ihrer Umgrenzung auf das konkrete Wirtschaftsproblem ist Hortens Schritt weit über das Maß, Eindringlichkeit und Überzeugendheit, was über die Sozialisierung in Deutschland überhaupt geschrieben worden ist. Und diese Schrift und der ihr zugrunde liegende Plan sind in der sozialistischen Presse und bei den großen Sozialisierungsdebatten auf Parteiver-, Gewerkschafts- und Betriebsräteversammlungen nicht einmal einer Erwähnung gewürdigt worden! Ebenso unfaßlich ist, daß man gerade diesen Sachverständigen — den Einzigen, den man Einiges, Silberberg und Böglers auf ihrem Gebiete als unbestreitbar Ebenbürtigen hätte gegenüberstellen können — weder in die Sozialisierungskommission noch in den Reichswirtschaftsrat geschickt hat. Man erhält den Eindruck, als ob für manche sozialistischen Autoritäten und Gewerkschaften nur solche Sachverständigen Autorität besäßen, in Betracht kommen können, die den schroffsten Interneerstandpunkt vertreten. Oder ist es für selbstbewußte Geister gar so unerschütterlich, auch nur auf einem Spezialgebiete die überlegene Sachkenntnis jemandes anzuerkennen, wenn dieser jemand nicht im gegnerischen Lager steht? Wie denn auch sei: Solange unsere Sozialisten gute Gedanken und starke Persönlichkeiten bopfolieren, statt sie freudig aufzugreifen und auf den rechten Platz zu stellen, wird der deutsche Kapitalismus sich vor der Sozialisierung nicht zu ängstigen brauchen!“ Und wie steht es denn mit der Sozialpolitik? Zweifellos hat die Sozialdemokratie hier im Grunde mit den dazu besonders befähigten und vorbereiteten freien Gewerkschaften manches Wertvolle geleistet. Aber es wäre falsch, wollte man etwa das Betriebsrätegesetz, das heute wohl den wertvollsten Kern moderner Sozialpolitik darstellt, allein der Sozialdemokratie anrechnen, an ihm haben doch auch intelligente und sozial eingestellte bürgerliche Wirtschaft- und Sozialpolitiker fruchtbar mitgearbeitet. Und dann vergesse man doch nicht, wie intransigent 1920 z. B. die Unabhängigen dieses Gesetz als völlig unzureichend verdammt und abgelehnt haben, weil es nicht die sogenannte Kontrolle der Produktion, ja die mitverantwortliche Leitung der Betriebe und die Möglichkeit der betriebsweisen Sozialisierung brachte, während doch heute jeder, der mit dem Gesetz praktisch zu tun hat, sagen muß, das Gesetz wäre bei aller nicht zu leugnenden Reformmangelhaftigkeit schon recht, wenn nur genügend Betriebsräte da wären, die imstande sind und Lust dazu haben, die Rechte dieses Gesetzes voll auszunutzen und richtig anzuwenden! Gerade die politisch radikalsten Betriebsräte, deren zweites Wort der revolutionäre Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats ist, die andauernd die Betriebe besuchend und mit Hilfe der Betriebsversammlungen und Betriebsräteversammlungen eine politische Agitation nach der anderen treiben, sind doch meistens am wenigsten dazu imstande, aus den Rechten des Betriebsrätegesetzes und anderen Sozialgesetzen wirklich etwas für die Arbeitnehmerenschaft herauszuholen, ja gerade sie gefährden den Bestand dieses Gesetzes bis zum Aufheben. Dagegen selbst bis jetzt jede Schlichtungsordnung, jedes Arbeitsgerichts- und Arbeitsvertragsgesetz und es sieht gar nicht so aus, als ob diese wichtigen Dinge in der nächsten Zeit spruchreif würden. Auch wird niemand behaupten wollen, daß diese Dinge etwa in der Zeit, wo Sozialisten Mitglieder des Reichskabinetts waren, besonders gefördert worden seien. Auch hier, statt positive, fruchtbar, zielbewußte Reformarbeit, weitestgehende Pläne und große Schlagworte. Es kann nicht klar und scharf genug betont werden: An dieser geistigen Starrheit und Unfruchtbarkeit sind nicht die unglücklichen äußeren und inneren Machtverhältnisse schuld, sondern die prinzipiell falsche geistige Einstellung zu diesen Fragen, die dogmatische Revolutionsemanzipation und Klassenkampfmantra an Stelle einer klaren, auf die gegebene Verhältnisse und die nächsten Aufgaben eingestellten sozialpolitischen Reformpolitik.

Machen Sie beim Einkauf von **Dauerwäsche** keinen Fehlgriff. Sie bekommen solche in der **vo"kommensten Ausführung** neben allen anderen Herren-Artikeln nur bei **Andr. Weimig jr.** 8.979 **Kaiserstr. Nr. 40**

Badisches Landestheater. Donnerstag, den 20. Dez. 7 bis 10 Uhr. Sp. I. 5.40. Abonn. A 9. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001-4400 **Der Bettelstudent.** Freitag, den 21. Dez. 7 1/2 bis 9 Uhr. Sp. I. 4.20. Gleichzeitig für die Volksbühne M 5. **Hanneles Himmelfahrt.**

Spielplan vom 23. Dezember bis 1. Januar. **im Landestheater.** So. 23. vormittags 11 1/2. **Pfitzer-Morgenfeier der Theater-Gemeinde.** Vortrag von Oberregisseur Carl Stang über: Pfitzer und sein Paestrina. Mitwirkende: Hete Stecher (Gesang), Professor H. K. Schmid (Klavier), Paul Trautvetter (Cello), Inhaber von Eintrittskarten zu Paestrina am 25. und 26. und Teilnehmer der Th.-Gem. — 75. sonstige Besucher 1.50; abends 7 1/2. **G 8. Der Barbier von Sevilla.** (Sp. I 7.20.) Th.-Gem. Nr. 4401-4900. — Mo. 24. vorm. 11. **Spulezwirnen.** (Sp. I 2.00.) — Die. 25. Zum ersten Male. **Paestrina.** Musikalische Legende in 3 Aufzügen von Hans Pfitzer. 5. (Sp. I 8.00.) Th.-Gem. III. Sondergruppe. (Auslösung am 21.) — Mi. 26. **Paestrina.** 5. (Sp. I 8.00.) Th.-Gem. Nr. 2901-3000, 3101-3200. (Auslösung am 22.) — Do. 27. nachm. 2 1/2. **Spulezwirnen.** (Sp. I 2.00.) abends 7* E. 9. **Der Marquis**

von Keith. (Sp. I 4.20.) Th.-Gem. Nr. 3901-4000. 5301-5600. — Fr. 28.* F 10. **Die Bohème.** 7. (Sp. I 5.40.) Th.-Gem. Nr. 5901-6100, 7101-7300. — Sa. 29.* **D 9. Herodes und Marianna.** 7. (Sp. I 4.20.) Th.-Gem. Nr. 3401-3900. — So. 30. nachm. 2 1/2. **Spulezwirnen.** (Sp. I 2.00.) abends 6 1/2. **Udine.** (Sp. I 7.20.) Th.-Gem. Nr. 5201-5300, 7801-8000. — Mo. 31.* **C 10. Der Bettelstudent.** 7. (Sp. I 5.40.) Th.-Gem. Nr. 5601-5900. — Die. 1. Jan. nachm. 2 1/2. **Spulezwirnen.** (Sp. I 2.00.) abends 6. **Tannhäuser.** (Sp. I 7.20.) Th.-Gem. Nr. 4901-5200.

im Konzerthaus. Die. 25.* Zum ersten Male. **Das stärkere Band.** Komödie in 3 Akten von Felix Salten. 7. (Park. I 3.00.) — Mi. 26.* So. 30.* und Die. 1.* jeweils **Das stärkere Band.** 7. (Park. I 3.00.) Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Abonnenten u. Inhaber v. Vorzugskarten am Freitag, den 22., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Samstag, den 23. an. Die Vorverkaufsstelle ist am Montag, den 24. nachmittags geschlossen. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr), für Paestrina siehe oben.

Badische Lichtspiele **Voranzeige.** Donnerstag, den 27., Freitag, den 28. und Samstag, den 29. Dezember täglich nachm. 4 und 8 Uhr abends **Rübezahls Hochzeit** Ein Märchenfilm für Jung und Alt von Paul Wegener. 2. Film. 8.977 Nur numerierte Plätze, auch nachm. 4 Uhr. Schönes Weihnachtsgeschenk für die Jugend. Vorverkauf im Musikhaus Müller, Kaiserstr. **Konzerthaus geheizt**

Am Montag, 24. Dezbr. 1923 bleiben unsere Geschäftsräume für jeden Verkehr **geschlossen** **Reichsbankstelle** **Badische Bank** **Baer & Elend** **Darmstädter und Nationalbank** **Filiale Karlsruhe** **Ignaz Ellern** **Veit L. Homburger** **Mitteldeutsche Creditbank** **Filiale Karlsruhe** **Rheinische Creditbank** **Filiale Karlsruhe** **Städt. Spar- und Pfandleihkasse** **Karlsruhe** **Straus & Co.** **Süddeutsche Disconto-Gesellschaft** **Filiale Karlsruhe** **Vereinsbank Karlsruhe.** B976

Baubund - Möbel kaufen Sie preiswert und gut **Karlsruhe, Karlsruherstraße 22, Telephon 5157** **Bad. Baubund G. m. b. H.** 8.924

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie Herausgeg. und eingeleitet von **Professor Karl Dietl** und **Professor Paul Romberg** **Bd. I: Lehre vom Geld, I.** **Bd. II: Der Arbeitslohn** **Bd. III: Von der Grundrente** **Bd. IV: Wert u. Preis, I.** **Bd. V: Wert u. Preis, II.** **Bd. VI: Bevölkerungszehr** **Bd. VII: Wirtschaftsrisiko** **Bd. VIII: Kapitalismus und Unternehmerrisiko** **Bd. IX: Freihandel und Schutzzoll** **Bd. X: Lehre vom Geld, II.** **Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.** **Bd. XIII: Grundzüge der Besteuerung** **Bd. XIV: Sozialpolitik** **Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus** **Bd. XVI: Staatsschuldenproblem** **Verlag G. Braun, Karlsruhe Karlsruherstr. 14**